Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 412 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Sonnabend, 23. August

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Friedrich der Vorläufige, der dritte Große von Weimar, hat in einem tiefgerührten Erlaß den Weimaranern „Dank für alles", im besonderen aber für die treue nationale Gesinnung ausgesprochen. Ja, ja: Ans Vaterland, ans teure ....

* Die oberschlesische Grenze ist wieder in unserer Hand. Es arbeiten wieder 50 bis 70 Prozent im Streikgebiet.

* Die Frankfurter Transportarbeiter sind in eine Lohnbewegung getreten und drohen mit dem Streik.

* Wilson soll erklärt haben, daß Amerika 15 Jahre ein Truppenkontingent im Rheinland unterhalte.

* Als englischer Botschafter für Berlin ist der jetzige englische Gesandte in Bern, Rumbold, in Aussicht genommen.

* Gegen Cadorna, Porro und Capelle ist die Anklage erhoben, sie seien mitschuldig am Rückzug der italienischen Armee an der Piavefront.

Das Ende des Aufstandes

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Breslau, 23. August.

Von maßgebender militärischer Seite wird mitgeteilt, daß der Aufstand in Oberschlesien so gut wie niedergeschlagen ist. Ueber die Vorgeschichte des Putsches werden nun noch folgende Einzelheiten bekannt: Die Polen haben in Oberschlesien eine vollkommene Heeresorganisation geschaffen. Die Kommandeure für die aufzustellenden polnischen Bataillone waren bereits ernannt. Die Sammelplätze der einzelnen Kolonnen waren schon bestimmt. Waffenlager waren in großer Zahl vorhanden. Parallel mit der Heeresorganisation war auch die jetzt nach Warschau geflüchtete Zivilverwaltung vorbereitet. In diesem Punkt hat sich ein Justizrat Szapka besonders hervorgetan, der jetzt nach Warschau geflüchtet ist. Die Aufstandsbewegung brach am 17. August in Rybnick und Pleß und erst am 18. in Kattowitz und Beuthen aus. Die Polen hatten sich auf die Hilfe des polnischen Militärs verlassen. Diese Hilfe ist aber bis zur Stunde ausgeblieben. Vermutlich hat Großpolen mit dem Bolschewismus in Czenstochau genug zu tun gehabt. Einzelne polnische Legionäre sind den Insurgenten zu Hilfe gekommen.

Kattowitz, 22. August.

Die Pressestelle des Staatskommissariats teilt mit: Nach Berichten aus dem Aufstandsgebiet, Abschnitt Kattowitz, herrschte in der Nacht in dem Abschnitt Emanuelsegen-Giesche-wald-Myslowitz nördlich vollkommene Ruhe. In dem noch nicht gesäuberten Gebiet von Myslowitz südlich Birkenhahn-Neuberun wurde eine große Aktion angesetzt, die vorzüglich geht. Der Abschluß ist stündlich zu erwarten. Seit 7 Uhr vormittags ist die Grenze südlich Myslowitz bei Neuberun wieder von uns besetzt.

Abschnitt Beuthen. Die Nacht verlief vollkommen ruhig. Die Säuberungsaktion nimmt ihren Fortgang.

Abschnitt Rybnik. Die Nacht ist ruhig verlaufen. Die Säuberungsaktion nimmt ihren Fortgang. Eine Reihe von Verhaftungen wurde vorgenommen. Neue Verstärkungen sind eingetroffen.

Zur Streiklage ist zu melden, daß eine allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit sich bemerkbar macht. Heute waren zu Frühschicht etwa 50 Prozent der Belegschaften angefahren.

Beuthen, 22. August.

Im Abschnitt C ist alles ruhig. Große Beute wurde im Laufe des gestrigen Nachmittags und heute früh in einzelnen Ortschaften des Abschnitts Süd gemacht. In Scharlen wurde ein englisches Maschinengewehr gefunden. Auf dem Bahnhofschacht wurden 26 Gewehre sowie 79 Seitengewehre gefunden. Weitere Einlieferungen werden noch erwartet. Das Militär ist nunmehr in diesem Abschnitt Herr der Lage.

Abschnitt B. Im Raume nördlich der Linie Emanuelsegen-Gieschewald-Myslowitz ist das Gelände gesichert und alles ruhig. Die Durchsuchungen nach Waffen und eventuellen Aufstandsnestern sind noch im Gange. In Myslowitz fanden gestern vier standrechtliche Erschießungen statt. Im Gebiet südlich Myslowitz, in der Gegend des Bismarckturmes Neu- und Alt-Berun sind weitere militärische Bewegungen im Gange, die überall erfolgreich verliefen. Nach Abschluß derselben wird auch hier das Gelände weiter gesäubert werden.

Ueber die militärische Lage in Oberschlesien wird folgendes berichtet: Von den 11 festgenommenen Angehörigen der polnischen Legionsdivision ist die Anklage gemacht worden, die Offiziere hätten ihnen ihre Militärpapiere abgenommen und wären dann über die Grenze zurückgefahren.

Die deutsche Kommandobehörde erklärt, daß ein deutscher Flieger — wie in einer offiziellen Beschwerde der polnischen Regierung behauptet wurde — weder die Grenze überflogen hat, noch daß überhaupt ein deutsches Flugzeug in Oberschlesien mit Bomben aufgestiegen ist.

Jenseits der deutschen Grenze sind Maßnahmen regulärer polnischer Truppen bisher nicht in die Erscheinung getreten. Die Polen haben dort etwa eine halbe Division stehen, etwa 3200 Mann. Das ist im Verhältnis zu ihrer sonstigen Grenzbesetzung nicht besonders hoch.

Der im Kampfgebiet angerichtete Schaden muß als sehr erheblich bezeichnet werden. In einzelnen Fällen mußten die Truppen mit Artillerie und Minenwerfern vorgehen, um die besetzten Gruben und Ortschaften zu nehmen. Während der Herrschaft der Aufrührer sind überall Plünderungen in großem Umfange vorgekommen. Sobald sich unsere Truppen näherten, verstanden es die Rädelsführer, sich stets über die Grenze zu flüchten.

Die Haltung der Amerikaner, die sich in Oberschlesien aufhalten, ist, wie wir hören, als deutschfreundlich zu bezeichnen. Die Amerikaner haben sich davon überzeugt, daß die Polen die Putsche zusammen mit den Spartakisten vom Zaune gebrochen haben, und sich auch um die Beilegung des Streiks bemüht.

Nachmittagsbericht aus dem Aufstandsgebiet: Abschnitt Beuthen: Nichts neues. Die Haussuchungen nehmen ihren Fortgang. Die Grenze ist wieder von unseren Truppen besetzt. Abschnitt Rybnik: Nichts neues.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Die Ententekommission wird mit größtmöglichster Beschleunigung, wahrscheinlich noch heute abend, nach Oberschlesien abreisen. Es beteiligen sich Franzosen, Engländer und Italiener daran, voraussichtlich unter Führung des Generals Dupont selber. Die Kommission wird völlig unparteiisch über ihre Beobachtungen und Erfahrungen nach Berlin, Warschau und Paris berichten. Es wird betont, daß der Interalliierten-Kommission lediglich informatorischer Charakter beiwohnt; die deutsche wie die preußische Regierung bestehen darauf, daß sie bis zur endgültigen Regelung der „Oberschlesischen Frage" allein befugt und verpflichtet sind, die erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in Oberschlesien durchzuführen. Beide Regierungen verpflichten sich gegenseitig, Akte grausamer Justiz zu unterlassen, die Behörden entsprechend anzuweisen, sich alle Akten über Einzelfälle gegenseitig zugänglich zu machen und sich überhaupt jegliche Aufklärung zu gewähren. Uebereilte Urteile und Exekutionen sollen vorläufig nicht vollstreckt, Unschuldige aus der Haft entlassen werden.

Die polnische Kommission wird heute nach Warschau abreisen. Dies bedeutet jedoch nicht den Abbruch der Verhandlungen, sondern die Polen wollen lediglich ihren schon lange gehegten Plan, ihrer Regierung persönlich und mündlich Bericht über die in Berlin gemachten Erfahrungen und Eindrücke zu erstatten, ausführen. Sie gedenken in kürzester Zeit nach Berlin zurückzukehren. Es besteht begründete Hoffnung, daß die Verhandlungen beiderseits zu einem guten Ende geführt und daß nach Abschluß der Verhandlungen in Zukunft ein freundnachbarliches Verhältnis zwischen beiden Staaten angebahnt wird. Die von verschiedenen Seiten als neue Demarkationslinie angeführte Grenzsicherung ist lediglich zur Abwehr von Uebergriffen beiderseits der Grenze geschaffen worden.

*

Franktireurkrieg in Chemnitz

(Von unserem Sk.-Sonderberichterstatter.)

Chemnitz, 23. August.

In der verflossenen Nacht wurden aus Häusern der Bismarck- und Schillerstraße Patrouillen der Reichswehr schwer beschossen. Die Patrouillen erwiderten das Feuer. Einige Häuser wurden sofort, aber ohne Erfolg, untersucht.

*

Eberts Dank an Weimar

Tiefgerührt über die nationale Gesinnung ....

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Weimar, 23. August.

An die Staatsregierung von Sachsen-Weimar hat der Reichspräsident folgendes Schreiben gerichtet:

Die in Weimar stattgehabte Tagung der verfassunggebenden Nationalversammlung hat nach Fertigstellung des Verfassungswerkes ihr Ende erreicht. In stetiger Arbeit ist die hohe Aufgabe der Versammlung gelöst und dem deutschen Reich sein Grundgesetz geschaffen. Diese Lösung war nur möglich, wenn Reichsregierung und Nationalversammlung sicher sein konnten, daß ihre Arbeit keiner Störung ausgesetzt war. Das war in Weimar dank der Haltung der Bevölkerung und den von vaterländischem Geist getragenen Maßnahmen der Regierung der Fall. Auch mir, der ich in den verflossenen Monaten oft in Weimar weilte, sind die Segnungen der Weimarer Gastlichkeit und vaterländischer Gesinnung zuteil geworden. Auch ich habe in dem von der Staatsregierung bereitwillig zur Verfügung gestellten Weimarer Schlosse freundliche Aufnahme gefunden. So möchte ich denn am Schlusse dieses Abschnittes und beim Scheiden aus Weimar nicht unterlassen, der Weimarer Staatsregierung und der ganzen Bevölkerung von mir aus und zugleich für die Reichsregierung und aller derer, die hier gastliche Aufnahme gefunden haben, aufrichtig und herzlichst zu danken. Möchte diese Zeit auch für das Weimarer Land eine schöne und große Erinnerung (!! Schriftl.) bedeuten und möchte das schöne Weimar im neuen deutschen Vaterland nach der verflossenen Zeit der Prüfung und entsprechend seiner großen Vergangenheit neuer Blüte entgegengehen.

gez. Ebert.

Zum Schutz des Handwerks

Bei Beratung des Handelsetats in der preußischen Landesversammlung sind eine Reihe von Anträgen angenommen worden, die den Schutz und die Erhaltung des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes erreichen wollen. Als Antragsteller sind hauptsächlich die deutschnationalen Abgg. Hammer, Mentzel und Budjuhn zu nennen. Es wurde besonders auch die Sicherung desjenigen Maßes von Bewegungsfreiheit, das ein Weiterbestehen des Einzelbetriebes gewährleistet, sowie die Ablehnung von Sozialisierung und Kommunalisierung des Handwerks verlangt. Jeder Einsichtige wird wissen, daß diese Grundforderungen lediglich die Gleichberechtigung des selbständigen Mittelstandes gegenüber den anderen Ständen zu erlangen suchen und man sollte meinen, daß sich auch die Sozialdemokratie, die ja so gern als die Partei des kleinen Mannes auftritt, Freiheit und Gleichheit auch dem Mittelstand zukommen lassen müßte.

Sie hat aber im Gegensatz zu ihren Wahlversprechungen bei der Beratung dieser Anträge ihr wahres mittelstandsfeindliches Gesicht gezeigt. In brutaler und deshalb dankenswerter Offenheit berichtet der sozialdemokratische Abgeordnete Heinrich Schäfer in Nr. 180 des „Volksboten" vom 6. 8. d. J.: „Es braucht nicht betont zu werden, daß die sozialdemokratischen Fraktionen diese Anträge ablehnten." Sie entsprachen damit einem Satze, wie er vor Jahren in einer mitteldeutschen sozialdemokratischen Zeitung stand: „Wir werden immer bestrebt sein, den Untergang des Kleingewerbes zu beschleunigen." Schäfer teilt dann aus den Ausschußberatungen mit, daß die sozialdemokratischen Redner darauf aufmerksam gemacht hätten, wir ständen inmitten einer gewaltigen sozialen Revolution, die vor dem Handwerk und vor dem kaufmännischen Kleinbetrieb nicht Halt mache. Der Kleinbetrieb werde in dem gesteigerten wirtschaftlichen Wettkampf der Zukunft noch mehr unter die Räder kommen wie früher. Das ist zwar ein Teil der Lehre von Marx und Engels, aber ebenso Irrlehre wie andere Leitsätze dieser jüdisch-sozialistischen Volksverführer. Einige Zahlen mögen die Bedeutung des selbständigen Mittelstandes in der deutschen Volkswirtschaft klarlegen. Vor dem Kriege gab es in Deutschland 3 Millionen selbständige Kleinbetriebe und 18 Millionen Menschen (Familienangehörige eingerechnet) fanden im Handwerk ihren Lebensunterhalt. An Löhnen wurden 7½ Milliarden Mark gezahlt. Die Werterzeugung vor dem Kriege belief sich auf 18½ Milliarden Mark. Diese Zahlen zeugen nicht von einem grundsätzlichen Untergange des Mittelstandes. Selbstverständlich kann nicht geleugnet werden, daß einzelne Erwerbszweige sich dem Fabrik- und Großbetriebe gegenüber nicht halten konnten, und andere sind aber in den letzten Jahrzehnten gewaltig gestiegen. Gerade dadurch hat der selbständige Mittelstand ebenso wie durch verständige Einbeziehung aller technischen Fortschritte in den Handwerksbetrieb seine Lebensfähigkeit und Lebensberechtigung am deutlichsten bewiesen.

Schäfer meint weiter, der Entwicklung zum Großbetrieb durch Gesetzesparagraphen überhaupt entgegenzutreten, sei eine Hemmung des Wachstums unserer Produktionskräfte und ein Verbrechen am Volke. Wir hätten mit den denkbar geringsten Mitteln den größmöglichsten Nutzeffekt zu erzielen. Ueberträgt man diese Sätze in verständliches Deutsch, dann erkennt man als Endziel der Sozialdemokratie die vom Juden Rathenau und vom Sozialdemokraten Wissell vertretene Planwirtschaft, deren Grundgedanke die Zwangsproduktion in einzelnen Großbetrieben und Erdrosselung jeder selbständigen Existenz darstellt. Deshalb klingt es wie Hohn, wenn Schäfer dem innerhalb des geschilderten Rahmens übrigbleibenden, wirklich leistungsfähigen Kleinbetrieb gütigst die Existenzberechtigung zuerkennt. Das ist weiter nichts als eine salbungsvolle Predigt am Grabe des ermordeten Mittelstandes. Die Sozialdemokraten haben ferner geglaubt, die Förderung des Kleingewerbes auf Kosten der Allgemeinheit strikte ablehnen zu müssen und deshalb die Beseitigung der Warenhaussteuer beantragt. Die Förderung des Kleingewerbes, das spricht Schäfer offen aus, liege nicht in der Richtung der Gesamtförderung von Handel und Industrie. Es soll also der jüdische Warenhausbesitzer mit seiner gewaltigen Kapitalmacht geschützt und gefördert werden. Der selbständige deutsche Mittelstand soll aber mit Weib und Kind ins Proletariat verschwinden. Auch hier befolgt die heutige Sozialdemokratie eine Lehre Engels, der sagt: „Wenn das Kapital die Kleinhandwerker und Kaufleute vernichtet, dann tut es ein gutes Werk." Andererseits sei die Sozialdemokratie für Abbau der Kriegsgesellschaften, und Ausbau der beruflichen, fachlichen und genossenschaftlichen Organisationen des Handwerks, Regelung der Lehrlingsfrage und des Fortbildungsschulwesens usw. durchaus zu haben. Solchen Versprechungen gegenüber kann der Mittelstand der Sozialdemokratie nur mit dem Dichterworte antworten: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein es fehlt der Glaube."

Wo war die Sozialdemokratie, die schon

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908231-10/fragment/page=0001

während des Krieges die maßgebende Regierungspartei war, als es galt, den Handwerksmeistern die nötigen Rohstoffe für ihre Betriebe zur Verfügung zu stellen? Jüdische Schuhfabriken und jüdische Warenhäuser bekamen nach dem sozialdemokratisch-demokratischen Verteilungsschlüssel des früheren Umsatzes Rohstoffe und Waren in großen Massen zugewiesen. Der selbständige deutsche Schuhmachermeister, aber besonders der in Kleinstädten und auf dem Lande, ging fast leer aus. Das haben besonders diejenigen bitter empfunden, die, von der Front heimkehrend, ihr Handwerk wieder aufnehmen wollten und um geringe Stücke Leder monatelang einen Schlagzug nach dem andern unternahmen. Wie den Schuhmachern, so ist es auch andern deutschen Handwerkern unter der sozialistisch-jüdisch-demokratischen Zwangswirtschaft gegangen. Es ist eine bewußte Irreführung des selbständigen Mittelstandes, wenn die sozialdemokratischen Väter der Zwangswirtschaft sich jetzt auf einmal als Gegner dieses Systems aufspielen.

Selbstverständlich spielte bei den Auseinandersetzungen im Preußenparlament eine große Rolle die angeblich eherne Tatsache, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht überbrückt werden könne. Diese Marxistische Weisheit ist durch die Entwicklung längst überholt und ehern sind nur die Stirnen derer geblieben, die in Irrlehren verrannt, solche unwahren Behauptungen immer wiederholen. Gerade der deutsche Mittelstand beweist durch seine wahrhaft fortschrittliche Entwicklung, daß Unternehmergeist, Kapital und Arbeit zusammengehören, soll für die Allgemeinheit etwas Brauchbares entstehen, und schon deshalb kann ein deutscher Handwerker nie wirklich Sozialdemokrat sein. Er wird im engen Zusammenschluß mit seinen Berufsgenossen durch Pflichtbewußtsein und Freude an seiner Arbeit, allen Proletarisierungsbestrebungen zum Trotz, seiner Familie und sich selbst die Selbständigkeit zu sichern bemüht sein. Er wird sich auch klar sein, daß seine eigenen Berufsangehörigen, von denen in der deutschnationalen Fraktion des Preußenparlaments zehn, in Weimar sechs Abgeordnete tätig sind, seine Interessen weit eher vertreten können, als irgend ein Berufsfremden. Der deutsche Mittelstand vertraut sich viel lieber der deutschnationalen Führung eines Hammer und Mentzel an, als daß er sich von einem sozialdemokratischen Schäfer schließlich zur Schlachtbank führen läßt.

Vor der Kohlenkatastrophe

Essen, 22. August.

Der Ausschuß zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau hielt eine weitere Sitzung ab, in der die Vernehmung der Auskunftspersonen fortgesetzt wurde. Unter anderem nahm daran auch der bereits früher erschienene Geheime Kommerzienrat Klöckner teil. Nachdem von den Ausschußmitgliedern alle Fragen vorgelegt waren, gab Geh. Kommerzienrat Klöckner einen Ueberblick über die Lage des deutschen Kohlenmarktes und kennzeichnete dabei die trostlosen Aussichten, denen wir gegenüberstehen. Nach Auffassung des Sachverständigen steuern wir in sechs Wochen

einem Zusammenbruch entgegen,

wenn es nicht gelingt, die Förderung von Kohlen zu steigern. An Lieferung von auch nur 20 Millionen Tonnen Kohlen an den Verband sei offenbar nicht zu denken. In diesem Falle würden sämtliche Hochöfen ausgeblasen werden müssen, und das Wirtschaftsleben käme zum Stillstand. Eine Einfuhr ausländischer Kohle sei abgelehnt, abgesehen davon, daß im Ausland selbst ein großer Mangel an Kohle herrsche. Durch den ungünstigen Stand unsrer Währung sei dies auch so gut wie ausgeschlossen.

An die Ausführungen des Geh. Kommerzienrats Klöckner schloß sich eine längere Aussprache, aus der hervorging, daß die Meinung dieses Sachverständigen auf alle Teilnehmer den tiefsten Eindruck gemacht hatte.

Nachmittags hielt der Ausschuß im großen Saale des Städtischen Saalbaues noch eine weitere öffentliche Sitzung ab, die von mehreren tausend Personen besucht war. Hierauf wurde Bericht erstattet über den ersten Teil des Programms, nämlich die Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiter und die Wirkung der Schichtverkürzung auf diese. Von den Mitgliedern des Ausschusses sprachen Bergmann Bouzelet als Vertreter der Arbeitnehmer, Bergassessor Brandt als Vertreter der Arbeitgeber und Professor Heymann als Vertreter der Wissenschaft.

Die Hamburger lehnen ab

Hamburg, 22. August.

Der Verband der Hamburger Bankleitungen hat den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses des Reichsarbeitsministeriums unter der Begründung abgelehnt, daß der neue Schiedsspruch den Bankleitungen wesentlich größere Opfer auferlege als der vor einigen Wochen abgelehnte Hamburger Schiedsspruch, da die Methode, den Unterschied von Angebot und Forderung ganz schematisch zu halbieren, ein befriedigendes Ergebnis nicht versprechen könne. Der Verband der Bankleitungen bemerkt, daß dem Reichsarbeitsminister das Recht nicht zustehe, die mangelnde Zustimmung der Bankleitungen durch eine vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses in Aussicht gestellte Verbindlichkeitserklärung zu ersetzen und daß die Bankleitungen entschlossen seien, mit allen gesetzlichen Mitteln gegen eine solche Verbindlichkeitserklärung vorzugehen und die Entscheidung der ordentlichen Gerichte anzurufen.

Lohnbewegung der Transportarbeiter

Frankfurt a. M., 22. August.

Die Frankfurter Transportarbeiter sind neuerdings in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen eine sofortige 30prozentige Lohnerhöhung. Da die Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden zu keinem Resultat geführt haben, ist für morgen mit einem Transportarbeiterstreik zu rechnen.

Generalstreik im Elsaß

Bern, 22. August.

Nach einer Meldung schweizerischer sozialistischer Blätter aus St. Ludwig im Elsaß wurden wegen des Generalstreiks im Elsaß die Empfangsfeierlichkeiten für Poincaré ganz erheblich eingeschränkt. Der Unterpräfekt hatte in Mülhausen für ein Militäraufgebot zur Aufrechterhaltung der Ruhe gesorgt, ohne daß es jedoch zu Zusammenstößen gekommen ist. Nur die Streikführer wurden verhaftet. Die von den Streikenden verlangte Auslieferung wurde abgewiesen. Alle größeren Betriebe und Geschäftshäuser sind militärisch besetzt. Das Mülhausener Arbeiterblatt „Der Republikaner" ist verboten.

Ein Schiedsspruch

Berlin, 22. August.

Der zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zwischen dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen in Berlin und dem Verbande der deutschen Versicherungsbeamten in München zusammengetretene paritätische Schlichtungsausschuß hat in seiner gestrigen im Reichsarbeitsministerium abgehaltenen Sitzung einen Schiedsspruch gefällt, in dem es u. a. heißt: „Der Schlichtungsausschuß erachtet es nicht für begründet, wenn die Arbeit, zu der der Angestellte vertragsmäßig verpflichtet ist, aus anderen als gesetzlichen Gründen verweigert wird. Die Begründung damit, daß den Angestellten keine Streikarbeit zugemutet werden kann, entbehrt der gesetzlichen Grundlagen."

Gegen die rheinischen Sonderbestrebungen

Köln, 22. August.

Der britische Militärgouverneur erläßt folgende Bekanntmachung: Es wird hierdurch bekanntgegeben, daß, solange die britische Militärbehörde die Kontrolle über das von den britischen Truppen besetzte Gebiet ausübt, keine Aenderung in der deutschen Verfassung dieses Gebiets erlaubt wird und daß keine neue Autorität ohne vorherige Genehmigung der britischen Militärbehörden anerkannt wird. Jede Person, die gegen diese Bekanntmachung verstößt oder einer solchen Handlung Hilfe leistet, setzt sich der Gefängnisstrafe oder der Ausweisung aus dem besetzten Gebiet oder beiden Strafen aus.

Der englische Botschafter für Berlin

Versailles, 22. August.

Nach der Pariser Ausgabe der „Daily Mail" ist für den Posten des englischen Botschafters in Berlin in Aussicht genommen der jetzige englische Gesandte in Bern, Rumbold, der ersetzt werden soll durch Theophil Russel. Nach demselben Blatte verläßt Viscount Grey am 16. September England, um den Botschafterposten in Washington anzutreten.

Anklage gegen italienische Generale

(Eigene Drahtmeldung der „H. N.")

Basel, 23. August.

Die Preßinformation meldet aus Rom, daß gegen die Generale Cadorna, Porro und Capelle Anklage erhoben wurde, weil man sie für mitschuldig an dem Rückzug der italienischen Armee an der Piavefront hält. „Popolo Romano" schreibt hierzu, daß dieser Prozeß wohl niemals stattfinden werde. Man wird die Anklage wahrscheinlich wieder fallen lassen müssen, denn das Kabinett Roselli sei als mitschuldig anzusehen, könne aber nicht vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Heimkehr der Mackensen-Armee

Wien, 22. August.

Der erste Transport der Mackensen-Armee, der Wien auf der Heimkehr nach Deutschland berührt, trifft heute dort ein. Die Armee ist 50 000 Mann stark.

Monarchische Bewegung in Ungarn

Wien, 22. August.

Nach der „Neuen Freien Presse" werden die monarchistischen Bestrebungen in Ungarn fortgesetzt, um die Entscheidung der künftigen Nationalversammlung über die Regierungsform zu beeinflussen. Ein Teil wolle den Erzherzog Josef, ein anderer den Erzherzog Otto, den Sohn des früheren Kaisers Karl, eine dritte Gruppe eine fremde Dynastie nach Ungarn bringen. Es werde wahrscheinlich zur Bildung eines Directoriums kommen, dem auch Graf Julius Andrassy angehören werde.

Der Kampf gegen Wilson

Amsterdam, 22. August.

Laut Pressebüro Radio greift „New-York Sun" den Präsidenten Wilson an, weil er auf einer Konferenz mit Gumber im Weißen Hause erklärt habe, seiner Ansicht nach wäre es zum Kriege zwischen Amerika und Deutschland gekommen, auch wenn Deutschland keine Kriegs- oder ungefetzlichen Handlungen gegen Amerika begangen hätte. Das Blatt fragt unter Hinweis auf die von dem Präsidenten vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg gehaltenen Reden, was Wilson mit dieser Erklärung sagen wolle.

Neue Eisenbahnerbewegung in Deutschland

Berlin, 22. August.

In allen Teilen des Reiches ist wieder eine neue Bewegung der Eisenbahner zu spüren, die auch in Berlin sich bemerkbar macht. Hier wird unter den Hilfsarbeitern bei den Werkstätten, Bahnmeistereien usw. Propaganda gemacht, um an dem Verhältnis des Privatangestellten herauszukommen und von der Behörde die Beamtenqualifikation zu erlangen.

Hinter allen diesen Bestrebungen steht der Zentralrat der Eisenbahner, der in den Bezirken Braunschweig, Halle, Liegnitz und in Berlin gegenwärtig wieder eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet. Man rüstet zum Weltseisenbahnerstreik. Diese neue Bewegung ist eine im Oktober zu erwarten, in einer Zeit, in welcher an die Eisenbahn zur Bewältigung der Winkertransporte die höchsten Anforderungen gestellt werden. Im Direktionsbezirk Breslau fand der beabsichtigte Streik nur deshalb eine so schnelle Erledigung, weil die Leiter dieses neuen Generalstreiks eine Verzettelung der Kräfte vor dem großen Schlag unter allen Umständen verhindern und vermeiden wollen. Dagegen ist es unverkennbar, daß in den Eisenbahnwerkstätten eifrigst geschürt und gehetzt wird. Die Arbeitsleistung in diesen Betrieben ist noch immer so gering, daß leitende Stellen für den Herbst und den Winter die schwersten Besorgnisse hegen. Nach zuverlässigen Informationen sind unlängst 153 Lokomotiven mehr in Reparatur gegangen, als ausgebesserte aus den Werkstätten herauskamen. Das ereignet sich zu einer Zeit, in welcher, auch in Friedenszeit, der Hochbetrieb im Güterverkehr einzusetzen pflegte. Fast noch schlimmer steht es mit dem Wagenmaterial, das zugunsten der Zugmaschinen zurücksehen muß. Die Abstellbahnhöfe sind in großen Direktionsbezirken schon jetzt erschreckend voll. Man muß, da eine Besserung der Verhältnisse von heute auf morgen nicht möglich erscheint, da auch die Kohlenvorräte in allen Teilen Deutschlands für die Maschinen auf zwei bis drei Tage gesunken sind, damit rechnen, daß eine umfassende Sperrung des gesamten Personenverkehrs in nicht allzu langer Zeit bevorsteht.

Die großen Beschränkungen im Eisenbahndienst beschäftigen die maßgebenden Stellen augenblicklich sehr lebhaft. Schon jetzt leidet das Eisenbahnwesen unter einer Personalüberfüllung, die auf 150 000 bis 200 000 Personen geschätzt werden kann. Kommen nun im Winter noch starke Verkehrsbeschränkungen durch die Kohlennot hinzu, so ist nicht abzusehen, wie man die überzähligen Arbeiter und Beamten noch verwenden können. Es wird sicherlich eine starke Personalverminderung eintreten müssen, da die kommende Lohnreform gewaltige neue Mittel erfordert. Die Ortsgruppenzöhne für Arbeiter und die Servisklassen für Beamte sollen verallgemeinert werden. Die augenblicklich noch bestehenden zehn Lohnklassen sollen weiter verringert, und einander näher gebracht werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Drahtzieher im Zentralrat, wenn die Personaleinschränkungen stattfinden, die Gelegenheit benutzen werden, um unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Forderungen ihre politischen Ziele durch einen neuen Streik zu verwirklichen zu suchen.

Nachdruck verboten.

Der Staatsanwalt

18] Roman von Artur Brausewetter.

„Man nimmt an, daß er aus dem offenen Fenster aus dem Balkon ins Hochparterre geklettert ist. Das wäre ja auch nicht unmöglich. Sehen Sie nur dort den Absatz. Dann dort — eins — zwei — drei —! Und von dem Balkon ist er herabgesprungen!"

„Dann müßte man es merken an den Spuren hier im Rasen oder im Efeu da am Balkon. Aber alles unverändert — sehen Sie nur! Nein, es ist so kaum möglich! Und auch der kleine Spitz hätte ihn hören müssen. Sie kennen ihn, Sie wissen, wie wachsam er ist."

„Aber er treibt sich umher, und daß er gerade diese Nacht auf dem Balkon gelegen hat, ist keinesfalls ausgemachte Sache. Die Möglichkeit zum mindesten, daß ein geschickter Einbrecher auf diese Weise unbemerkt entweichen konnte, ist nicht zu bezweifeln."

So schwirrte die Unterhaltung unter den offenstehenden knarrenden Fensterflügeln hin und her, halblaut geführt, in jener eigentümlichen Scheu, die angesichts solcher Tat und ihres Ortes kaum die Stimme zu erheben wagt. Auch der Justizrat hatte sich mit einigen Bemerkungen an ihr beteiligt.

Nur einer nicht.

Der hatte keine Silbe gesprochen: höchstens dann und wann aufgehorcht, wenn irgend ein Wort fiel, das ihm der Beachtung wert schien.

Das war der Staatsanwalt.

Abseits von den anderen hatte er gestanden, den Blick unablässig auf den Flügel des Hauses gerichtet, in dem das Unerklärliche, Furchtbare geschehen war. Auf seinem Gesicht lag eine seltsame Bewegung. Der scharfe Zug um die Mundwinkel trat schärfer hervor denn je.

Vor das Portal des Hauses fuhr in diesem Augenblick ein Wagen in scharfem Trabe vor. Die Pferde, über und über mit Schweiß bedeckt, flogen am ganzen Leibe — einige Herren, schwarz gekleidet, entstiegen eilend dem Gefährt.

Es war der Amtsvorsteher und die Kommission, die den Tatort zu untersuchen gekommen waren.

*

Der Regen nahm wieder zu — der Wind hatte ihn nicht vertrieben.

Der Staatsanwalt war mit dem Justizrat und seiner Familie in den großen Eßsaal des Pensionats getreten, der zu dieser Stunde leer war.

„Was sagen Sie eigentlich zu der Geschichte?" fragte der Justizrat, der sich schon lange über das hartnäckige Schweigen des Staatsanwalts geärgert hatte und seinen Unwillen über diese Verschlossenheit jetzt nicht länger unterdrücken konnte.

„Ich sage, daß dieser Mord nicht von einem gewohnheitsmäßigen Verbrecher begangen ist. Die Einbrecher, wegen derer Sie abreisen wollen, sind unschuldig an ihm."

Er hatte es erst nach längerem Schweigen gesagt — langsam, in seiner gewohnten Ruhe, aber jedes Wort wägend.

„He?!" rief der Justizrat, als traute er seinen Ohren nicht.

Aber der Staatsanwalt blieb unverändert.

„Man hat nicht die geringste Blutspur an der Tür oder auf der Treppe entdeckt, als man unmittelbar nach dem Mord herunterkam! Ein Herabklettern auf den Balkon und ein Entweichen von da erscheint mir bei dieser Lokalität ebenso unwahrscheinlich als ein direkter Sprung vom hohen Fenster. Nicht einer hat etwas gehört, selbst die Wirtin nicht, deren Zimmer gerade unter dem der Wärterin liegt. Der Hund, von dessen Wachsamkeit ich mich umgezählte Male überzeugt habe, hat nicht ein einziges Mal angeschlagen. Aus alledem möchte man beinahe auf eine sonderbare Permutung kommen."

„Auf welche, wenns beliebt?!"

„Daß der Mörder im Hause und nicht außerhalb desselben zu suchen ist."

Der Justizrat sah den Staatsanwalt an. Die goldene Brille, vom Daumen und Mittelfinger mit einem zornigen Ruck gepackt, flog nur so auf die bleiche Nase herab.

„Herr!" pustete er endlich hervor — „Sie — Sie sind sehr schnell mit Ihren Beschuldigungen."

„Ich beschuldige niemand — ich gebe nur Antwort, wo ich gefragt bin. Warum fragen Sie mich, wenn Sie meine Antwort so erregt?!"

„Wer könnte ein Interesse haben an diesem furchtbaren Mord?"

„Ich glaube, die Frage ist leicht zu beantworten."

„Sie meinen die Freifrau oder ihren Bräutigam."

„Sie sprechen es selber aus, was ich zu sagen mir kaum getraute."

„Aber Sie irren, mein Verehrtester — irren diesmal, gründlich. Die Freifrau ist nämlich mit dem Rittmeister die ganze Nacht hindurch auf der Reunion gewesen; erst eine Stunde, nachdem der Mord geschehen, kam sie zurück."

„Sie braucht die Hände nicht dazu — sie findet andere."

„Herr!" rief der Justizrat und schnaubte ärger als vorhin, da er mit dem widerspenstigen Kosser sich zu quälen hatte.

Aber der Staatsanwalt fuhr ruhig fort:

„Gesetzt, ein Einbrecher steigt in das belebte Pensionat mit der an sich kaum glaublichen Absicht, hier in der hellen Mondnacht einen Raubmord zu begehen. Was würde er tun? Einen ganz Ungefährlichen, wie diesen Idioten, ermorden?! Mußte er nicht gewärtig sein, daß die Pflegerin, die in demselben Zimmer schlief, aufwachte und schrie?! Dann aber war er entdeckt und saß in der Falle."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908231-10/fragment/page=0002

Regierung und Gefangenenfrage

Das gesamte deutsche Volk bewegt zurzeit wieder einmal besonders die Frage, wann wir endlich die Hunderte deutscher Kriegsgefangenen zurückerhalten. Es sehr erklärlich, daß die Wogen der Erregung da jetzt hochgehen; denn es ergibt sich aus den amtlichen Erklärungen unserer Regierung und der feindlichen Staatsmänner, daß alle Hoffnungen, die bei uns genährt wurden, leichtfertig waren.

Unsere Regierung, die das Volk immer von neuem mit Vertröstungen hingehalten hat, wird äußerst nervös, wenn sie daran erinnert, daß sie in erster Reihe etwas zu tun hätte. Auf die Anfrage des Deutschnationalen v. Graefe in der Nationalversammlung über die englische Behauptung, die deutsche Regierung sich dem Schicksal der Gefangenen gegenüber sehr untätig, hat der sozialdemokratische Minister des Innern Hermann Müller zwar mit einem gewaltigen Aufwande von Entrüstung, aber sachlich durchaus unbefriedigend geantwortet. Der sozialistische Regierungsvertreter warf mit Beschuldigungen, Verdächtigungen und direkten Schimpfworten um sich, sprach von „Irreführungen der Hetzpresse", von „politischer Verhetzung dieses nationalen Unglücks", von dem Mißbrauch der Schmerzgefühle verzweifelter Angehöriger" und bezeichnete es als „schamlose Verleumdung", wenn er der Ansicht sei, die Regierung habe nicht alles zur Befreiung der Gefangenen getan. Was aber konnte er da anderes anführen? Einige gänzlich wirkungslose Resolutionen, papierene Proteste, die in den Händen dieser Regierung nur völlig stumpfe Waffen waren. Der Minister gab denn auch selbst zu den kläglichen Schlußsatze zu: die Regierung verfügt nicht über die Mittel und die Mittel, um die Leidenszeit der Gefangenen abzukürzen! Damit sind die sozialistischen Regierungsmänner fertig! Und das deutsche Volk, Frauen und Mütter, sollen sich dabei beruhigen! Und auf Grund dieses traurigen Eingeständnisses der Regierung, es einst so mächtigen Deutschen Reiches fällt nun die Hetzpresse im Lager der Sozialdemokratie, Demokraten und Erzbergers über die Deutschnationalen her und versucht sie gewissenlose Agitation gegen die Regierung, daß keine Schuld an dem Lose unserer gefangenen Genossen treffe.

Aber das gesunde Gefühl des deutschen Volkes, der Frauen läßt sich durch dies Geschrei nicht übertönen. Zu deutlich verrät ja der Ton des Genossen Ledebur das schlechte Gewissen der heutigen Machthaber. So ereifert sich nur, wer sich so schuldig weiß wie die Revolutionsregierung in dieser Frage. Diese Ueberzeugung kam auch in einer großen Vertrauenskundgebung in Berlin mit elementarer Wucht zum Ausdruck. Man braucht das Uebermaß der Empörung, das dort losbrach, nicht in allen Einzelheiten zu billigen; aber wer will es den so oft getäuschten Frauen übelnehmen, wenn ihre Geduld nun gerissen ist. Eine Reihe Jahre, die dem Elend und der Schande der Gefangenenlager so hilflos gegenübersteht, „muß zum Teufel gehen werden!" So lautet nach Scheidemanns Wort das Urteil der Frauen, die Stimme des Volkes. Und ist sie berechtigt? Wie kommt es denn, daß man die Proteste der deutschen Regierung gegen diese entsetzliche Unmenschlichkeit in Paris einfach in den Papierkorb werfen kann? Kann doch nur einer Regierung widerfahren, die so wie die Sozialistenklique ohne jedes nationale Ehrgefühl und ohne jeden festen nationalen Halt ist! Wer einen solchen Waffenstillstand unterzeichnet, sich dann Schritt für Schritt weiter zu den entsetzlichsten Bedingungen, wie der Auslieferung unserer Handelsflotte, der Preisgabe der Ostmarken, bedrängen ließ, wer einen derartigen Schmachfrieden unterschreiben konnte, dem allerdings glaubt der rachsüchtige Feind alles bieten zu dürfen. Und vollends, wer bedenkt, wodurch Deutschland so wehrlos geworden ist. Dadurch, daß dieselben Sozialistenführer, die noch jetzt am Regierungstische sitzen, die Kriegsnot des Vaterlandes verräterisch ausnutzten, um zur Herrschaft zu bringen! Ist es ein Wunder, wenn der Feind vor den Noten und Protesten dieser Regierung keine Spur von Achtung besitzt? Und gerade die Gefangenenfrage! Waren es nicht dieselben Sozialisten, die das Heer mit ihrer Agitation vergiftet und seine Anhänger verleitet haben, zu vielen Tausenden ohne Not die Hände hoch zu halten? Wenn über unwürdige und grausame Behandlung der Gefangenen geklagt wird, tragen da die Schuld nicht diejenigen, die unsere Soldaten verhetzt haben, bis sie die Waffe wegwarfen! Wenn heute die Sozialisten am Regierungstisch beteuern, sie fühlten das Elend der Gefangenen mit dem Volke, sollen ihnen die Frauen Mütter das glauben? Man ist ja längst nicht mehr gewohnt, die Versicherungen dieser Regierungsvertreter bare Münze zu nehmen; vollends kann man das in einer Sache, wo ihre Schuld so klar vorliegt wie in der Gefangenenfrage.

Gegen die Betriebsräte

Die Handelskammern zu Barmen, Bielefeld, Bochum, Bremen, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Hagen, Lüdenscheid, Münster, Minden, Remscheid, Siegen und Solingen haben am August 1919 in einer Sitzung in Essen zu dem Entwurf des Gesetzes über Betriebsräte Stellung genommen. Sie erklären, daß sie in dem Gesetz nicht das verheißungsvolle sehen, den Arbeitsfrieden zu sichern, Arbeitslust und -Freudigkeit zu fördern und die Arbeitsfreudigkeit sowie die Mitverantwortung der Arbeitnehmer am Produktionsprozeß zu erwecken. Sie erblicken vielmehr in den Betriebsräten, wie sie die Vorlage vorsieht, geradezu eine sehr schwere Gefährdung für den Betriebsfrieden. Sie richten an den Reichstag die dringende Bitte, die Vorlage nicht in dieser Form Gesetz werden zu lassen. Insbesondere wünschen sie, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer auf die Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses beschränkt und nicht auf die Leistung des Betriebes ausgedehnt wird.

Die Bestimmungen über das aktive und passive Wahlalter, die Ausdehnung des Wahlrechts auf Ausländer, das Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung und Kündigung sowie bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden, die Verpflichtung zur Ausgabe und Vorlage der Geschäftsbücher durch die Unternehmer und die Mitwirkung der Betriebsräte in den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften werden den Wirtschaftsfrieden beeinträchtigen. Sie werden die Erzeugung lähmen, die Wettbewerbsfähigkeit einschränken, der Handelsspionage Vorschub leisten, den Kredit und jedes Vertrauen untergraben, die besten Kräfte in andere Berufe leiten und, statt dem Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft zu dienen, dazu beitragen, sie vollends zu Grunde zu richten.

Parteischnüffeleien des Herrn Kürbis

Den Reichstagsmitgliedern des Kreises Flensburg ging dieser Tage folgendes Schreiben zu:

Der Landrat. Flensburg, den 16. August 1919.
J.-Nr. 10 836. Kr. A.

Abschrift.

Der Oberpräsident Kiel, den 8. August 1919.
der Prov. Schleswig-Holst.
O. P. 7450.

Ich ersuche ergebenst, das beiliegende Verzeichnis über die Parteizugehörigkeit (!) der Kreistagsmitglieder ausgefüllt möglichst bald ohne Anschreiben zurückzusenden. Sollten die nötigen Angaben nicht bei allen Mitgliedern bereits bekannt sein, so ersuche ich ergebenst anheim, durch persönliche Befragung die erforderliche Auskunft zu beschaffen.

gez. Kürbis.

An den Herrn Landrat in Flensburg

Abschrift zur gefl. Kenntnisnahme, sowie mit der Bitte um eine baldgefällige Auskunft.

gez. Wallrot.

An die Herren Kreistagsmitglieder.

Auf amtlichem Wege läßt also der Herr Oberpräsident von Schleswig-Holstein die Parteiverhältnisse in Körperschaften der Selbstverwaltung durchschnüffeln, in denen unter dem „fluchbeladenen" alten System Parteipolitik ausgeschaltet war und deren Arbeit sich deshalb so fruchtbar gestaltet hat. Recht interessant wäre die Frage, zu welchem Zweck Herr Kürbis nach der Parteizugehörigkeit der Mitglieder von Selbstverwaltungskörpern forschen läßt? Man wird von ihm eine klare Antwort darauf ja schwerlich erlangen; aber man kann sich die Antwort wohl selber geben. Auch in dieser Schnüffelei tritt klar zutage, daß die gegenwärtige Regierung auch die Regierungsgeschäfte in erster Linie als Parteigeschäfte betreibt. Der Minister des Innern hat unter diesem Gesichtspunkt gewiß völlig recht mit seiner Aeußerung, die neuen republikanischen Verwaltungsbeamten hätten sich meistens durchaus bewährt; nämlich in der Vertretung der Interessen der Sozialdemokratie, die diese Regierung eben mit dem Staatsinteresse gleichsetzt! Für die Bevölkerung sind diese amtlichen Parteischnüffeleien ein neues lehrreiches Beispiel des Unterschiedes zwischen dem „alten" und dem glorreichen neuen System der republikanischen Freiheit. Dem Herrn Minister Heine aber dürfte dieser Kürbis recht ungelegen kommen!

Die „Herren Arbeitslosenräte"

Hamburg, 22. August.

Der Reichskongreß der Erwerbslosen begann heute morgen im Curiohaus seine auf zwei Tage festgesetzte Tagung in Anwesenheit von etwa 80 Delegierten der Erwerbslosenräte und -ausschüsse. Nachdem die Geschäftsordnung festgesetzt war, erstattete Wendel-Berlin Bericht über die Tätigkeit des Erwerbslosenrates, worauf sich eine längere Aussprache schloß, als deren Ergebnis eine vom Erwerbslosenrat Sachsen eingebrachte Entschließung mit 39 gegen 20 Stimmen angenommen wurde, die die Tätigkeit der bisherigen geschäftsführenden Reichserwerbslosenausschusses in jeder Beziehung als durchaus unzulänglich erklärt, da bisher keine positiven Arbeiten desselben zu beobachten waren, und besonderes Mißtrauen ausspricht über die parteiische Stellungnahme des geschäftsführenden Ausschusses gegenüber den Arbeitslosenräten der U. S. P., insbesondere betreffs des Hinweises auf die kommenden Wahlen. Der geschäftsführende Ausschuß sei nicht befugt, derartige lokale Differenzen mit dem Namen des gesamten Reichserwerbslosenausschusses zu decken. Bei der Prüfung der Mandate stellte sich heraus, daß der sich als Kommunist und Vertreter eines Erwerbslosenausschusses ausgebende Vertreter eines Agrarblattes, Grünbaum, kein Mandat besaß. Die Versammlung schloß ihn aus, weil er sich unter falschem Vorwand eingeschlichen hatte.

Halle und Umgebung

Halle, 23 August.

— **Ein merkwürdiger Kreislauf.** Die Hausfrauen klagen über die schlechte Zuckerbelieferung; Einmachzucker erhalten sie überhaupt nicht, den es selbst in den schlimmsten Kriegsjahren gegeben hat. Die Zuckerfabriken erklären, nicht liefern zu können, weil es ihnen an Kohle und Transportmitteln fehlt. Der Mangel an Kohle und das Stocken des Eisenbahnverkehrs hat ihren Grund darin, daß die Grubenarbeiter zu wenig leisten oder ganz streiken. Und wie will die Regierung dem abhelfen? Indem sie den Bergarbeitern — erhöhte Zuckerrationen gewährt! Beim Zucker sind wir also bei diesem merkwürdigen Kreislauf wieder angelangt. Aber was wird dabei herauskommen? Sicher doch nur, daß die Hausfrauen noch weniger Zucker erhalten, die Familienernährung noch schlechter wird und die Kindersterblichkeit noch steigt! Ob die Grubenarbeiter z. B. in Oberschlesien auch mehr Kohle fördern, bleibt hingegen abzuwarten. Die Regierung aber hat wieder einmal ihre Gesinnungstüchtigkeit bewiesen und noch gezeigt, daß sie den Notständen gegenüber keineswegs untätig und ratlos ist. Sie findet immer wieder einen Ausweg, die Sache — noch gründlicher zu verfahren!

— **Nordschleswiger!** Eure Heimat ist in Gefahr. Eine wertvolle Provinz kann dem Deutschen Reiche erhalten bleiben, wenn Ihr alle Eure Pflicht erfüllt und an der Abstimmung teilnehmt. Zur Abstimmung in Nord- und Mittelschleswig ist nach dem Friedensvertrage berufen u. a. jede Person ohne Unterschied des Geschlechts, die in dem Abstimmungsgebiet geboren ist, einerlei, wo sie jetzt wohnt, sofern sie an dem Tage des Inkrafttretens des Vertrages das 20. Lebensjahr vollendet hat. Diese Personen sollen in ihrem Geburtsort abstimmen. Der Deutsche Ausschuß für Schleswig in Flensburg, Norderhofenden 22 (vom Tage der Besetzung an: Schleswig, Bahnhofshotel) bereitet eine Sammlung der stimmberechtigten Deutschen vor und wird allen freie Reise zur Abstimmung ermöglichen. Ebenfalls wird auf Wunsch für freie Unterkunft und, wenn erforderlich, für Verpflegung gesorgt werden. Damit die Eintragung in die Stimmliste erfolgen kann, ist die sofortige Meldung bei dem genannten Ausschuß Ehrenpflicht jedes stimmberechtigten Deutschen. Zur Erleichterung sind in verschiedenen Städten Zweigstellen des Ausschusses eingerichtet, z. B. in Husum, Schleswig, Kiel und Hamburg. Auf die in Berlin C. 2, Burgstraße 30, Zimmer 58/54 (Fernsprecher Norden 9027) eingerichtete Geschäftsstelle des Deutschen Ausschusses für Schleswig, welche die Meldung der Stimmberechtigten entgegennimmt und jede Auskunft erteilt, wird besonders hingewiesen. Deutschgesinnte Nordschleswiger, die an der voraussichtlich erst im Oktober oder November stattfindenden Abstimmung teilnehmen wollen, werden gebeten, ihre Adresse an eine der Geschäftsstellen des Ausschusses mitzuteilen. Es wird dringend gebeten, bei der Auffindung von Stimmberechtigten mitzuhelfen und bekannte Adressen anzugeben.

— **Flüchtlingsfürsorge des Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände.** Wir Deutsche leiden gewiß alle schwer unter den Abmachungen des Versailler Friedensvertrages; am schlimmsten sind aber doch unsere Brüder und Schwestern betroffen, die von unbarmherzigen Feinden aus irgend welchen Gründen aus ihrer Heimat, den besetzten Grenzgebieten, ausgewiesen sind, meist ohne ihr Hab und Gut mitführen zu dürfen. Zur Unterstützung dieser Unglücklichen, die alles verloren und vorläufig auch keinen Broterwerb haben, gilt es jetzt im ganzen Deutschen Reiche Geldmittel zu sammeln. Auch ist für den 13. und 14. September ein Opfertag in Aussicht genommen, der hoffentlich recht guten Erfolg haben wird. Alle Spenden bitten wir an die Preußische Staatsbank, Berlin W. 56, Markgrafenstraße 38. Konto B. 100 053, „Flüchtlingsfürsorge", gelangen zu lassen.

— **Kommunalisierung der Milch?** Anläßlich der Lohnforderungen der Arbeiter im Berliner Milchgewerbe haben die Vertreter der Großbetriebe der Fettstelle mitgeteilt, daß sie die Lohnerhöhungen nicht zahlen könnten, ohne finanziell zusammenzubrechen. Es ist darauf zwischen der Staatlichen Verteilungsstelle, der Fettstelle Groß-Berlin und Vertretern der Großbetriebe des Milchhandels eine Sitzung stattgefunden, in der beschlossen wurde, daß die Fettstelle Groß-Berlin den Betrieb der Meierei Bolle übernimmt gemäß § 13 der Preisprüfungsordnung, nach der die Kommunen ermächtigt werden können, vorübergehend Betriebe in kommunale Verwaltung zu übernehmen.

— **Gefährdung der Fettversorgung.** Der Reichsernährungsminister war infolge der in weitsichtiger Weise abgeschlossenen Einkäufe in die Lage gesetzt, vom 1. August ab die Speisefettration betrat zu erhöhen, daß der dringendste Fettkunger der Bevölkerung für die kommende Zeit einigermaßen befriedigt werden konnte. Durch die fortdauernden Streikbewegungen in den Kohlengebieten und die damit verbundene mangelnde Kohlenbelieferung der Margarinewerke ist die Speisefettversorgung der Bevölkerung aufs äußerste gefährdet. Bereits jetzt ist die Hälfte der für die Margarineproduktion tätigen Werke zum Stillstand verurteilt. Rohstoffe sind genügend da, können aber in unverarbeitetem Zustande an die Bevölkerung nicht verteilt werden. Wenn nicht in letzter Stunde die Arbeiter ein Einsehen haben und die dringend erforderlichen Kohlen fördern, ist es eine Unmöglichkeit, die Speisefettversorgung weiter durchzuführen.

— **Anmeldung zum Zigarrenbezug.** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachungen des Magistrats vom 9. bzw. 14. August werden diejenigen Personen, welche noch nachträglich als Untermieter usw. in Besitz von Zigarrenbezugskarten gelangt sind, hiermit aufgefordert, sich sofort nach Empfang außer bei dem Allgemeinen- und Beamtenkonsumverein nebst Zweigstellen noch in nachstehenden Zigarrengeschäften anzumelden. J. L. Heise, Händelstraße 38, für den Norden der Stadt, Karl Herold, Gr. Steinstraße 88, für die Mitte der Stadt, Oskar Nürnberger, Südstraße 55, für den Süden der Stadt. Bei der Anmeldung ist der erste Abschnitt der Zigarrenmarke mit dem Aufdruck „Voranmeldung" abzutrennen. Im übrigen verbleibt es bei der Bekanntmachung des Magistrats vom 14. August 1919.

— **Verdorbene Lebensmittel.** Mehrere in letzter Zeit vorgekommene Erkrankungen geben Anlaß, wiederholt vor dem Genusse irgendwie verdächtiger, übelriechender und dem Augenschein nach verdorbener Fisch-, Fleisch- und Wurstwaren zu warnen.

— **Die Ober-Postdirektion in Halle** gibt bekannt, daß der Plan über die Herstellung unterirdischer Telegraphenanlagen in Halle (Saale) bei dem Telegraphenamt in Halle (Saale) öffentlich ausliegt.

— **Vorträge.** Der bekannte Lebensreformer Dr. Bohn-Dölau wird am kommenden Montag im oberen Saale Kl. Berlin 1. einen Vortrag halten über: „Was haben wir Alkoholgegner der neuen Regierung zu sagen?" — Am 10. September wird einer unserer besten neudeutschen Dichter, der Märker Eberhard König, im Mozartsaal eine Vorlesung über sein neuestes Werk „Dietrich von Bern" 2. Teil mit einem einleitenden Vortrag halten.

— **Großes Gartenfest in der Saalschloßbrauerei!** Die Kapellen des 1. Landesjäger-Regts. und des Reichswehr-Pionier-Bataillons 16 unter Leitung der Herren Obermusikmeister Steiner und Drews bieten am kommenden Donnerstag, den 28. August dem hiesigen Publikum selten genußreiche Stunden. Das Nachmittagskonzert beginnt 3½ Uhr und das Abendkonzert 8 Uhr und wird von 60 Musikern ausgeführt. In dem schönen Garten der Saalschloßbrauerei findet am Abend Illumination statt, während sich die Jugend im Saal zu einem Sommernachtsball einfindet. Ein Besuch dieser Veranstaltung dürfte sich sehr empfehlen. Die Eintrittskarten, die für beide Konzerte gelten, sind zum Preise von 2,10 Mark. (Kinder die Hälfte) in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch zu haben.

Bunte Blätter.

Der Siegeswagen des Polenkönigs. Im Jahre 1683 hat Sultan Soliman seine Heerschaaren zum Vernichtungszuge gegen Habsburg auf. Erst den vereinten Truppen fast ganz Europas gelang es, unter den Mauern Wiens die Stoßkraft des feindlichen Heeres zu brechen und dieses zurückzuwerfen. Besonderen Anteil an dem Siege hatte der Polenkönig Sobieski, und aus Dankbarkeit schenkten die Einwohner der befreiten Kaiserstadt dem Heerführer den goldenen Siegeswagen, auf dem er seinen Einzug gehalten hatte. Heute dient der Wagen in der Kirche des hinterpommerschen Dörfchen Naddatz (zwischen Neustettin und Bärwalde) als Kanzel. Er ist noch in demselben Zustande erhalten, wie er einst erbaut worden, nur die Räder sind abgenommen. Auf wenigen Stufen besteigt man die eigenartige Kanzel. Der Baldachin des ehemaligen Siegeswagen ist an der Kirchendecke befestigt und trägt die Inschrift: Carrus triumphalis Johannis Sobieski, regis Polonorum. Auf dem Baldachin thront der polnische Adler mit der Inschrift: J. S. R. P. An dem Wagen wurde nichts geändert, die reichen Goldverzierungen sind in ihrer Ursprünglichkeit erhalten, und an der Vorderseite befindet sich das Wappen des preußischen Generals Henning v. Kleist und die Jahreszahl 1742, und dies gibt uns Antwort auf die Frage, wie der immerhin geschätzte das wertvolle Wagen einmal nach Pommern und vor allen Dingen als Kanzel in die Kirche gekommen ist. General v. Kleist, der Lehnsherr von Naddatz, kämpfte im Ersten Schlesischen Kriege unter den Fahnen Friedrichs, und seine Grenadiere erbeuteten in einem schlesischen Dorfe, das einmal Sobieskis Erben besaßen, den Siegeswagen. Friedrich der Große bestimmte die Siegestrophäe für das Berliner Zeughaus, änderte jedoch seinen Befehl, als der bereits nach Wollwitz vom Könige ausgezeichnete pommersche General ihn bat, ihm den Wagen als Kanzel für seine neuerbaute Kirche in Naddatz zu überlassen. Die Räder des Wagens ließ der General hinter der eigenartigen Kanzel an der Kirchenwand aufstellen. Ob ihrer reichen Vergoldung erregten sie 1807 die Neugierde und Beutelust der Franzosen, die die Räder auf Nimmerwiedersehen verschwinden ließen.

Ein chinesisches Unterseeboot vor mehr als 2000 Jahren. Ein Unterseeboot wird nach einer Mitteilung des „Journal des Débats" in einem chinesischen Werk bereits im 8. Jahrhundert n. Chr. erwähnt. Es handelt sich um die Schrift eines chinesischen Taoisten-Priesters Wang-Kia, der im 4. Jahrhundert n. Chr. lebte. Im 4. Buch seines Shi-i-ki erzählt Wang-Kia von der Regierung des Kaisers Chi-Hoang-Ti aus der Tsin-Dynastie, der von 221—210 v. Christi regierte und schreibt: „Das Volk von Yuen-Ku kam nach China, nachdem es seine Reise im lo-chzu (wörtlich Schiff in Form einer Spiralmuschel) gemacht hatte. Dies Schiff ist imstande, ganz nahe am Boden des Meeres hinaufzufahren, ohne daß Wasser in es eindringt. Der andere Name des Schiffes war Lun-po-chau (d. h. wörtlich: Schiff ohne Wellen)."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908231-10/fragment/page=0003

„H.Z." Sportberichte

— **Favorit gegen Sportverein 98.** Am kommenden Sonntag 4½ Uhr treffen sich beide Liga-Mannschaften zu einem Freundschaftsspiele auf dem Favorit-Sportplatz. Ohne Zweifel wird dieses Spiel von großem Interesse sein, denn dieses ist doch das erste Spiel der 98, welches sie nach den Pokalspielen gegen eine einheimische Mannschaft machen. 98 ist ja durch die vorzüglichen Resultate bekannt, und erübrigt sich wohl, näher auf die Spiele einzugehen. Auch wird 98 am kommenden Sonntag seine volle Elf zur Stelle haben; kurz erwähnt seien nur die Namen Rapsilber, Tinius, Klemmt und Gäbelein. Favorit wird alles aus sich herausgeben, um günstig abzuschneiden. Obwohl die Mannschaften am letzten Sonntag mit vier Ersatzleuten gegen Olympia-Leipzig spielte, konnte diese ein unentschiedenes Resultat herausholen. Für die Gebr. Giersch hat die Elf voll und ganz Ersatz gefunden. Dem Halleschen Sportpublikum ist vor den Verbandsspielen nochmals Gelegenheit gegeben, zwei Mannschaften zu sehen, welche trotz des Derbytages wohl nicht so leicht zu überwinden sind. Bei 98 wird man wieder die unermüdliche Läuferreihe bewundern, während man bei Favorit den stärkeren Teil der Mannschaft in der Verteidigung, in Günther und Schliebe, finden wird.

— **Favorit-Liga-Reserve** fährt Sonntag vormittag 10¾ Uhr nach Sandersdorf, um sich im Diplomspiel mit Union-Sandersdorf zu messen.

— **Favorit III** spielt um 2 Uhr gegen Olympia II auf dem Favorit-Sportplatz. Favorit Jugend I und II gegen 96 Jugend I und II um 9 Uhr auf dem 96er Platz.

— **Der Hallesche Turn- und Sportverein** schickt Sonntag, den 24. d. M., seine Wetturner und Spieler zum Gauturnen nach Merseburg. Die Besten des Nordostthüringer Turngaues sollen hier im friedlichen Wettkampfe ihre Kräfte messen. Mit guten Aussichten ziehen die Turnerkämpen in den Kampf, vor allen Dingen erwartet man von den Jugendlichen gute Siege. Der Beste des Vereins, Herr Kloubert, ist Sonntag in Nürnberg und beteiligt sich im Hochsprung um die Deutsche Meisterschaft. Seine letzte Leistung mit 1,90 Meter im Hochsprung berechtigt zu den besten Hoffnungen. — Die Fuß- und Faustballmannschaft spielt um die Turner-Gaumeisterschaft in Merseburg ihr Endspiel. Hoffentlich ist es ihnen vergönnt, als Gaumeister des Nordostthüringer Turngaues heimzukehren. — Die Teilnehmer fahren früh 7 Uhr 45 Minuten vom Hauptbahnhof zur Feststadt Merseburg. Ueber das Ergebnis der Kämpfe werden wir berichten.

— **Der Gauausschuß des Saalegaues.** Die Tagung war recht bewegt. Anträge lagen reichlich vor; auch die Wahl war angesochten worden. Der Hauptpunkt der Tagesordnung aber war die Klasseneinteilung. Die letzten Beschlüsse über Klasse 1 wurden zurückgezogen. Schließlich wurden für 1919/20 20 Vereine in die I. Klasse gebracht. Anwesend waren 25 Vereine mit 47 Stimmen. Der Sitzungsbericht wurde genehmigt. Sodann wurden die Herren Schneider, Zipfel, Reif, Kühn und Reimer in den Schiedsrichterausschuß, Gäbelein, Haas, Nachwitz, Zipfel und Hirschfeld in den Städteausschuß gewählt. Im nächsten Jahre sollen von den 20 Vereinen der I. Klasse die zehn besten für die I. Klasse ausgewählt werden.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Geldmarkt und Banken

Die Einnahmen aus dem Effektenstempel betrugen im Mai d. Js. 6 726 501 Mk. (April und Mai d. J. zusammen 11 296 947 Mark, April 1918 bis Mai 1918 17 159 373 Mk.). Im einzelnen erbrachten u. a. Gesellschaftsverträge und inländische, nach dem bisherigen Gesetz versteuerte Aktien und Zwischenscheine 4 139 688 Mark (6 889 225 bzw. 15 523 301), ausländische Aktien und Zwischenscheine 20 998 Mk. (25 269 bzw. 83 108), verzinsliche Schuldverschreibungen usw., inländische Hypothekenbanken usw. 1 146 066 Mk. (2 199 449 bzw. 889 895), die anderen inländischen Schuldner 1 274 000 Mk. (1 997 012 bzw. 12 644), ausländischer Staaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände und Eisenbahngesellschaften 45 865 Mk. (77 443 Mk. bzw. 427 836 Mk.), andere ausländische Schuldner 5971 Mk. (16 524 Mk. bzw. 1685 Mk.), Bergwerksanteilscheine und Einzahlungen auf solche 96 410 Mk. (141 423 Mk. bzw. 238 031 Mk.) und Genußscheine 600 Mark (600 Mark bzw. 2975 Mk.).

Industrie, Handel, Handwerk

Sächsische Gußstahlfabrik Döhlen. Das Unternehmen hat im Vogtlande den Bergbaubetrieb an verschiedenen Stellen wieder aufgenommen, so an der böhmischen Grenze und bei Straßberg. Es wird, wie schon früher, Braunersenstein gefördert.

Die Friedr. Krupp A.-G. erhielt, wie uns drahtlich aus Koblenz gemeldet wird, unter dem Namen Krupp das Bergwerkseigentum in einem in der Gemeinde Herkersdorf (Kr. Altenkirchen) gelegenen 109 987 Quadratmeter großen Felde zur Gewinnung von Eisenerz.

Neue Kohlenfunde in Westfalen. In den an der lippischen Grenze gelegenen Gemarkungen der westfälischen Dörfer Steinheim und Vinsebeck hat man beim Schürfen und Bohren auf Braunkohlen bituminöse Stoffe festgestellt. Wie aus Steinheim gemeldet wird, haben die Flöze eine Mächtigkeit von 12—15 Meter und können bald zur Förderung gebracht werden. Die Abnahme des sofort bergamtlich gemeldeten Fundes wird schon in allernächster Zeit erfolgen. Das Grubenfeld, das etwa 2 200 000 Quadratmeter groß ist, ist dem Reichsfürstlich Wolff-Metternichschen Grundbesitz benachbart, unter dem sich die Flöze bereits in einer Länge von 2000 Metern erstrecken. Bei einer täglichen Förderung von 400 To. Kohlen sollen die gefundenen Kohlenschätze 50 Jahre ausreichen. Die Fundgruben sind „Bergmannsglück" und „Vinsebecks Zukunft" genannt worden. Die Nutungsrechte sind dem Grubenbesitzer und Grubenpräsentanten E. Teimann in Münster erteilt worden.

Gewerkschaft Kaisergrube, Gersdorf. Die Gewerkschaft beruft auf den 8. September eine Obligationärversammlung mit folgender Tagesordnung: Bestellung eines neuen Pfandhalters für die Hypothekaranleihe; Bestimmung des Umfangs seiner Vertretungsbefugnisse und Zustimmung zur grundbücherlichen Regelung der Angelegenheit.

Gesellschafts-Abschlüsse

Das Eisen- und Stahlwerk Hösch erzielte im Geschäftsjahre 1918/19 einen Betriebsüberschuß von 8 075 450 Mk. (i. V. 27 630 849 Mk.). 5 610 903 Mk. (7 031 353) werden zu Abschreibungen verwandt. Das Gesamtergebnis ist in hohem Maße durch die politischen Ereignisse des Winters sowie durch die Gestaltung des Kurses für die Kriegsanleihen der Gesellschaft und der für ihre schwedischen Verpflichtungen maßgebenden Valuta beeinträchtigt worden. Nachdem aus früheren Sonderrücklagen 9 311 762 Mk. herrechnet sind, verbleibt ein Gesamtverlust von 8 460 908 Mk. (i. V. 12 566 852 Mk. Reingewinn), der vorgetragen werden soll. Eine Dividende (i. V. 24 Proz. und 15 Proz. aus dem Dividendenergänzungsfonds) kommt somit nicht zur Verteilung.

Akt.-Ges. für landwirtschaftliche Maschinen zu Würzburg. Der Rohgewinn des abgelaufenen Jahres stellt sich auf 826 166 (i. V. 270 061) M. Nach Abzug sämtlicher Unkosten sowie nach Abschreibungen von 28 968 (38 125) M. verbleibt einschließlich Vortrag ein Reingewinn von 91 430 (99 878) M. Die Dividende wird mit wieder 10 Prozent in Vorschlag gebracht. In der Bilanz werden Rohmaterialien mit 262 602 (245 691) M., fertige Fabrikate mit 103 319 (156 782) M. und Halbfabrikate mit 59 155 (111 129) M. bewertet. Das Bankguthaben beträgt 177 886 (45 825) M. Den Schuldnern von 184 495 (196 318) M. stehen Gläubiger von 110 069 (75 464) M. gegenüber. Die Aussichten für die Zukunft sind, was die Beschaffung der Rohmaterialien sowohl als auch die Absatzmöglichkeiten zu den hohen Preisen anbetrifft, recht trüb und ungewiß, weshalb das Unternehmen durch innere Stärkung gegen unausbleibliche Rückschläge Widerstand erhalten muß. Mit einer Ueberzeugung in absehbarer Zeit muß gerechnet werden, da sich eine Reihe von Fabriken auf den Bau landwirtschaftlicher Maschinen neu eingerichtet hat. Es ist zu befürchten, daß bei den heutigen hohen Preisen, die im Inland nicht abgesetzten Erzeugnisse auch im Auslande keine Aufnahme finden.

Halberstadt—Blankenburger Eisenbahn. Die Einnahmen betrugen im Juli d. J. 383 000 M. und vom 1. Januar bis zum 31. Juli d. J. 1 815 300 M. (+ 46 590 M.).

Konsolidiertes Braunkohlenbenzwerk Marke bei Aschersleben. Der Aufsichtsrat schlägt für 1918/19 eine Dividende von 7 Prozent vor gegen 6 Prozent im Vorjahr.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Eine kleine Besserung der Valuta im Auslande gab an der heutigen Börse zu Abschwächung der ausländischen Aktien und der ausländischen Kupons Anlaß. Im allgemeinen waren die Kurse vorwiegend behauptet bis auf deutsche Anleihe und Kriegsanleihe. Letztere setzte zu 78,30 ein. Bald nach Beginn zeigte sich einiges Angebot in Phönixaktien, die 1½ Prozent nachgaben, und dies gab den Anlaß zum Rückgang noch in anderen gleichartigen Werten, so daß der Montanmarkt im allgemeinen das Gepräge der Mattigkeit gewann. Eine Ausnahme machten Oberschlesische Eisenindustrieaktien, die sich auf dem um etwa 2 Prozent gegen gestern erhöhten Anfangskurs behaupteten. Auch Farbwerte und Elektrizitätsaktien zeigten gute Haltung. Als späterhin Kriegsanleihe auf Interventionskäufe eine kräftige Erholung von über 1 Prozent bis 79¼ erfuhr, befestigte sich die Stimmung im allgemeinen, wobei namentlich Bismarckhütte profitierte, die den Kursverlust von 3 Prozent fast vollständig wieder einholte. Die Besserung der Verhältnisse in Oberschlesien mag hierzu beigetragen haben. Auch Badische Anilin und A. E. G. besserten sich ansehnlich. Daimleraktien gaben um zirka 4 Prozent nach. Das Geschäft hielt sich in engen Grenzen. Deutsche Anleihen setzten niedriger ein, besserten sich jedoch im Einklang mit der Kriegsanleihe. Oesterreichische und ungarische Anleihen blieben ungefähr behauptet. Zur allgemeinen Befestigung trugen auch Gerüchte bei, wonach von einer Notenabstempelung Abstand genommen werden soll.

Produktenbericht. Im Produktenverkehr zeigte sich bei Hafergeschäften Unsicherheit, weil verschiedene Kreise die Ausfuhr gesperrt haben sollen. Von märkischen Plätzen lag hier Angebot vor. Erbsen wurden bei unveränderten Preisen nur wenig gehandelt. Von Lupinen wurden bessere Sorten mehr begehrt. Auch Saatweide wurde rege umgesetzt. Heu wurde wiederum für das besetzte Gebiet verlangt. Die Stroßpreise blieben behauptet.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	75,—
Halle-Hettstedter	—
Schantungbahn	127,50
Allg. Lokal-Str.	129,50
Gr. Berl. Str.	120,75
Magdeburger Str.-B.	—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	317,—
Orientbahn	273,50
Schiffahrts-Akt.:	
Hamburg. Paketfahrt	98,75
Hamburg.-Südamerika	167,—
Hansa-Dampfschiff	218,25
Nordd. Lloyd	100,—
Banken:	
Bank für Thür.	—
Berl. Handelsges.	151,25
Comm u. Diskontobank	120,25
Darmstädter Bank	105,25
Dess. Landesbank	—
Deutsche Bank	192,25
Diskonto-Comm.	152,50
Dresdner Bank	127,½
Credit-Anst. Leipzig	129,50
Mitteld. Kreditbank	111,25
Privat-Bank	109,—
Nationalbank	—,—
Oesterr. Kredit	—,—
Reichsbank	148,25
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	244,—
Akt. f. Anilin	225,½
Allgem. Elektr.-Ges.	162,—
Ammendorfer Papierf.	—,—
Anhalter Kohlenw.	161,—
Annaberger Reinguut	188,½
Badische Anilin	325,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	129,—
Berl. Masch.-Bau	195,—
Bismarckhütte	169,50
Bochumer Gußstahl	168,—
Chem. Fabrik Buckau	—,—
Chem. Griesheim	191,50
Chem. v. Heyden	212,25
Consolidation Schalke	225,75
Crüllwitzer Papierfabr.	219,50
Daimler-Motoren	196,—
Deutsch-Luxemburg	140,25
Deutsche Ueberseer.-El.	254,—
Deutsche Erdöl	288,—
Deutsche Gasglühl.	338,—
Deutsche Kali	173,50
Deutsche Waff. u. Mun.	199,—
Donnersmarkhütte	198,—
Döring u. Lehrmann	117,50
Dürkoppwerke	290,50
Elberfelder Farben	284,50
Felten u. Guilleaume	163,—
Gasmotoren Deutz	136,25
Gebhardt u. Co.	—,—
Gebhardt u. König	105,—
Gelsenkirch. Bergb.	164,75
Glanziger Zuckerfbr.	226,—
Hallesche Masch.-Fabr.	209,50
Hann. Masch.	302,—
Harpener Berg	155,25
Hasper Eisen	145,—
Hirsch Kupfer	224,—
Höchster Farbw.	388,75
Hoesch Eisen u. Stahl	184,—
Hohenlohe-Werke	108,75
Humboldt-Masch.	130,25
Ilse-Bergbau	294,—
Kahla-Porzellan	169,—
Kalw. Aschersleben	155,50
Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Kyffhäuserhütte	129,50
Lahmeyer u. Co.	118,75
Lauchhammer	150,—
Laurahütte	132,—
Linke u Hofmann	224,75
Ludwig Loewe u. Co.	214,—
Lothringer Hütte	149,—
Mannesmannröhren	167,75
Oberschl. Eisenb.-Bed.	123,½
do. Caro Heg.	142,—
do. Kokswerke	190,—
Orenstein u. Koppel	166,25
Phönix-Bergb.	172,—
Rhein. Metall-Vorz.	168,25
Rhein Stahlwerken	133,75
Riebeck. Montan	174,75
Rombacher Hütten	154,—
Rositzer Braunk.	112,50
Rositzer Zucker	154,—
Sangerhäuser Masch.	248,—
Hugo Schneider u. Co.	161,50
Schenckels u. Co.	117,50
Siemens u. Halske	163,50
Stettiner Vulkan	153,—
Stollberger Zink	114,—
Strals. Spielkarten	249,—
Thale-Eisenhütte	227,—
Triptis-Akt.-Ges.	177,—
Türkische Tabakregie	528,—
Ver. Köln-Rottweiler	165,25
Glanzstoff Elberf.	—,—
Wegelin u. Hübner	139,—
Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Westeregeln-Alkali	217,—
Wittener Gußstahl	188,50
Wrede-Mälzerei	136,—
Zelch.-Kriebitsch. Brk.	—,—
Zeitzer Masch.	387,50
Zellstoff Walthof	158,—
Otavi-Minen	154,25

Kirchl. Anzeigen von Halle u. Vororten.

10. Sonntag nach Trinitatis, den 24. August 1919.

Zu U. L. Frauen: Vorm. 8 Uhr P. Lic. Bauke. Vorm. 10 Uhr P. Knoblauch. Beichte und heil. Abendmahl Derselbe. Kindergottesdienste: Vorm. 11½ Uhr (Kirche) Oberpl. Jahr, vorm. 11½ Uhr (Reformrealgymnasium) P. Knoblauch.

St. Ulrich: Vorm. 8 Uhr Miss. Lübke. Vorm. 10 Uhr P. Thiede. Vorm. 11½ Uhr Franck. Kindergottesdienst (Martinschule) P. Heinike. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst (Kirche Oberpl. Richter.

Diakonissenkirche: Vorm. 8 Uhr P. Fischer. Vorm. 10 Uhr P. Kaßner. Abendmahlsfeier Derselbe. Kindergottesdienste vorm. 11½ Uhr P. Fischer, nachm. 2 Uhr P. Kaßner. Mittwoch ab. 8 Uhr Bibelstunde Rud.-Haym-straße 37 P. Kaßner.

Zu St. Moritz: Vorm. 8 Uhr Oberpl. Keller. Beichte und Abendmahl Derselbe. Vorm. 10 Uhr P. Lic. Bauke. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst Oberpl. Keller.

Hospital: Vorm. 10 Uhr Oberpl. Keller.

St. Georgen: Vorm. 8 Uhr P. Hellmann. Vorm. 10 Uhr P. Dr. Kahlbleck. Kindergottesdienste vorm. 11½ Uhr in der Kirche P. Witte, in der Kapelle P. Hellmann, nachm. 2 Uhr in der Kirche P. Gliese. Montag ab. 8 Uhr Bibelbesprechung im Gemeindehause P. Witte. Mittwoch ab. 8 Uhr Bibelstunde in der Gottesackerkapelle P. Hellmann. Paul Riebeck-Stift: Sonntag vorm. 9 Uhr P. Witte. Prov.-Blindenanstalt: Sonntag vorm. 10 Uhr P. Hellmann. Donnerstag nachm. 5 Uhr Kindergottesdienst P. Diebe.

Dom kirche (reform. Gemeinde): Vorm. 10 Uhr Domprd. Lic. Baumann. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst Derselbe. Abends 6 Uhr. P. Niemeyer, Freitag ab. 8 Uhr Wochenandacht Domprd. Lic. Baumann

St. Laurentiuskirche: Vorm. 8 Uhr P. emer Wagner. Vorm. P. Wagner (Abendmahl). Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Dienstag ab. 8 Uhr Bibelstdr. im Gemeindehause P. Wagner.

St. Stephanuskirche: Vorm. 8 Uhr P. Dr Hagen gr. Vorm. P. emer. Wagner. Sammlung für die Judenmission. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst P. Dr. Hagemann. Abends 6 Uhr Abendmahlsfeier.

Diakonissenhaus: Vorm. 10 Uhr P. Knaf.

Pauluskirche: Vorm. 8 Uhr Hilfsprediger Tretge. Vorm. 10 Uhr P. v. Broecker (Abendmahl). Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst Hilfsprediger Tretge. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst P. v. Broecker. Dienstag ab. 8½ Uhr Gemeinschaftsstunde. Sonnabend nachm. 4—5 Uhr Konfirmandenfeier des oberen Bezirks im Schreberschulhäuschen am Galgenberg P. v. Broecker.

St. Bartholomäus: Vorm. 8 Uhr Sup. Hellwig. Vorm. 10 Uhr Konf.-Rat Gutschmidt. Mittags 12 Uhr Kindergottesdienst Hellwig.

St. Petrus: Vorm. 10 Uhr Sup. Hellwig. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst P. Kunitz.

Halle-Trotha: Vorm. 10 Uhr P. D. Henrich Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst Derselbe. Donnerstag ab. 8 Uhr Bibelstunde Derselbe.

Evang.-luth. Gemeinde Weidenplan 4: Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. Nachm. 3 Uhr Vereinigung für Männer, abends 8 Uhr Bibelstunde. Mittwoch abends 8½ Uhr Bibelstunde. Donnerstag ab. 8½ Uhr Bibelstunde.

Christliche Gemeinschaft Barnertstraße 5: Vorm. 11½ Uhr Gottesdienst. Nachm. 3 Uhr Vereinigung junger Männer, abends 8 Uhr Evangel.-Verlagsmsl. Mittwoch abends 8½ Uhr Bibelstunde. Donnerstag ab. 8½ Uhr Bibelstunde.

Gemeinschaftsäle, Alte Promenade 8. Vorm 10 Uhr Bibelstunde, vorm. 11½ Uhr Kindersuppe, abends 8 Uhr Offentliches Predigt Samuel. Donnerstag ab. 8 Uhr Bibelbesprechungstunde.

Friedenskirche (Bartlsen) Ludwig-Wucherer-str. 39: Vorm. Gebetsandacht, vorm. 9½ Uhr Gottesdienst Pred. Klinger, vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 4 Uhr Gottesdienst Pred. Klinger. Mittwoch Jugendverein. Mittwoch ab. 8 Uhr Gottesdienst Pred. Klinger. Jugendverein (Quellhaus 22a): Vorm. 9½ Uhr Gottesdienst, 11 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 3 Uhr Gottesdienst. Donnerstag ab. 8 Uhr Versammlung Pred. Klinger.

Methodisten-Gemeinde Magdeburgerstr. 27: Vorm. 9½ Uhr Gottesdienst, vorm. 11 Uhr Sonntagsschule, ab. 8 Uhr Gottesdienst, Sonnabend ab. 8 Uhr Bibelstunde.

St. Franziskus- u. Elisabethkirche: Morg. 7 Uhr Frühmesse, 8 Uhr hl. Messe mit Predigt, 9½ Uhr Kindergottesdienst, 10½ Uhr Hochamt mit Predigt abends 7½ Uhr Segensandacht. An den Wochentagen morgens 7¼ und 8 Uhr hl. Messen.

St. Barbara-Kapelle (Barbarastr.): Vorm. 9 Uhr Hochamt mit Predigt, nachm. 2 Uhr Segensandacht.

St. Norbertkirche (Halle-Giebichenstein): Vorm. 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Hochamt, nachm. 2 Uhr Andacht. Wochentage 7 Uhr hl. Messe.

Kath. kl. Kirche Ammendorf-Radewell: Früh 7 Uhr Frühmesse, Predigt, vorm. 9½ Uhr Hochamt m. Predigt, nachm. 3 Uhr Andacht.

Diemitz: Vorm. 9½ Uhr Predigtgottesdienst, vorm. 10½ Uhr Kindergottesdienst: Pfarrer Petzold.

Ammendorf: Vorm. 9 Uhr P. v. Stein.

Bölberg: Vorm. 10½ Uhr Gottesdienst P. Nitschke.

Wörmlitz: Vorm. 9 Uhr Gottesdienst P. Nitschke.

Büschdorf: Vorm. 8 Uhr P. Ullmann.

Reideburg: Vorm. 10 Uhr Einführungsfeier.

Dölau: Vorm. 11 Uhr Gottesdienst, 12 Uhr kirchliche Beerdigung mit den Konfirmierten P. Dietz.

Lettin: Vorm. 8½ Uhr Gottesdienst P. Dietz.

Seeben: Vorm. 10 Uhr P. Bode. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst Derselbe.

Kirchliche Vereine.

Marienge meinde: Jünglingsverein Sonntag ab. 8 Uhr Bibelstunde, Sitzungszimmer An der Marienkirche 3. Jungfrauenverein Sonntag 8 Uhr Vers. im Konfirmandenzi. An der Marienkirche 1. Mittwoch 8 Uhr Turnen in der alten Bolschule Neue Promenade 13. Gymnastik Mädchenverein Sonntag ab. 8 Uhr Sophienstr. 6 (Marthahaus).

St. Ulrich: Ev. Männer-, Jünglings- u. Jungvereinen Sonntag 8 Uhr Vers., Dienstag ab. 8 Uhr ältere Abt. Vers., Mittwoch ab. 8 Uhr jüngere Abt. Vers., 9½ Uhr Bibelstunde, Freitag ab. 8 Uhr Mädchenverein Charlottenstr. 15 P. Richter. Evgl. Jungfrauenverein Montag ab. 8½ Uhr St. Märkerstr. 1 P. Richter. Franck. Jünglingsverein Sonntag 7½ Uhr Vers. Charlottenstr. 19, Mittwoch ab. 7 Uhr Turnstunde. Sonnabend ab. 9 Uhr Turnen (Reformrealgymnasium Friedenstr. 1) P. Thiede.

Evgl. Jungfrauenverein Montag ab. 7½ Uhr St. Märkerstr. 1 P. Thiede.

Ostbezirk (Grimmitraße 4 pt.): Jugendver. Sonntag ab. 8 Uhr. Jungmädchenverein Montag ab. 8—10 Uhr, Donnerstag 8—10 Uhr P. Thiede. Kirchenchor Freitag abends 8 Uhr Landsberstr. 1.

Johanneskirche: P. Faßmer (Rud.-Haym-str. 37): Abt. ab. 8 Uhr Sonntag nachm. 4 Uhr. Abt. jg. Mädchen Donnerstag ab. 8 Uhr Bibelbundstunde. — P. Kindervater (An der Johanneskirche 2): Sonntag nachm. 4 Uhr Jungfrauenv., ab. 8 Uhr Jünglingsver. — Gebetsstunde Montag ab. 8½ Uhr Uebungsstunde Merseburgerstr. 10. — Frauenverein Mittwoch nachm. 3½ Uhr Lindenstr. 78 P. Kindervater.

Zu St. Georgen: Kirchenchor Dienstag ab. 8—10. Ev. Männer (P. Gliese): Sonntag ab. 7—10. Dienstag ab. 7½ Uhr im Freien (Sitzerbergantun am Riebeckplatz), Freitag ab. 8—10 Gesangs- und Spielabend im Heim. Jungfrauenverein I (P. Witte): Sonntag ab. 8 Uhr im Pfarrh., II (P. Gliese) Dienstag ab. 8 Uhr Gemeindebaustr. Vereinig. konfirm. jg. Mädchen (P. Hellmann) Donnerstag ab. 8 Vereinsabend im Gemeindeh. Missions-Nähverein Montag 2½—4 im Pfarrhaus.

Domgemeinde: Jugendverein Sonntag ab. 7½ und Mittwoch ab. 8 Uhr, Jungfrauenverein ältere Abt. Dienstag abends 8—10, jüngere Sonntag nachm. 3—6. Bibel- und Schriftstunde Dienstag ab. 8 Uhr. Domkirchenchor Donnerstag ab. 8 Uhr Uebungsst. Kl. Klausstr. 1.

Neumarktgemeinde (St. Laurentius und St. Stephanus): Jungfrauenverein ältere Abt. Sonntag ab. 7 Uhr im Gemeindehause. Jugendverein Sonntag ab. 8 Uhr im Gemeindehause. Missionsnähverein Mittwoch nachm. 3 Uhr im Gemeindehause.

Paulusgemeinde: Jugendverein Sonntag ab. 8 Uhr P. v. Broecker. Montag ab. 7 Uhr Turnspiele (Reisspitz). Mittwoch ab. 8 Uhr Bibelstunde. Freitag ab. 8 Uhr Bibelstunde, Sonnabend ab. 8 Uhr Stenographie. Jünglingsverein Sonntag ab. 7½ Uhr Hilfsprediger Tretge, Dienstag ab. 8 Uhr Bibelstunde. Freitag ab. 7 Uhr Turnspiele (Reisspitz). Sonnabend ab. 8 Uhr Turnen. Jungfrauenverein Dienstag ab. 8 Uhr Bibelstunde. Blaues Kreuz Sonnabend ab. 8½ Uhr Diakon Deuel.

St. Bartholomäus (Halle-Giebichenstein): Evang. Männer- und Jünglingsverein Sonntag ab. 7 Uhr Vers. Pestalozzistr. 4. Ev. Frauen- u. Jungfrauenverein Sonntag ab. 7½ Uhr Vers. Pestalozzistr. 4. Ev. Blaues Kreuz-Verein Freitag ab. 8 Uhr Vers. Pestalozzistr. 4.

St. Petrus (Halle-Cröllwitz): Ev. Frauen- und Jungfrauenverein Sonntag ab. 8 Uhr Versammlung, Dienstag Posaunenchor 8 Uhr.

Halle-Trotha: Jungfrauen-Verein Dienstag ab. 8 Uhr Versammlung.

Wettiner Kirchennachrichten.

10. Sonntag nach Trinitatis, den 24. August 1919.

Nikolaikirche: Vorm. 9½ Uhr Oberpl. Jelschke. Vorm. 10½ Uhr Kindergottesdienst; Derselbe.

Burgkirche Vorm 9½ Uhr Burgprediger Calaminus.

Döblitz: Nachm. 1 Uhr Oberpl. Jelschke.

Hauptschriftleiter Helmut Bötticher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Bötticher, für politische Rundschau und Sport: Hans Helling, für den regionalen und redaktionellen Teil: Adolf Wieder (Merseburg).
Anzeigenleit. Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908231-10/fragment/page=0004